

Position des Vorstands und der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien

Präambel

*„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren...“
(Artikel 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen)
„Die Würde des Menschen ist unantastbar...“
(Artikel 1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland)
„Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse,
der Herkunft, der religiösen und der politischen Überzeugung...“ (Artikel 1 Verfassung des
Landes Hessen).*

Als Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) setzen wir uns seit 1974 hessenweit für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in sogenannten benachteiligten Quartieren ein. Mit unserem Verein tragen wir dazu bei, die soziale, ökonomische und kulturelle Chancengleichheit in diesen Quartieren zu verbessern und alle dort lebenden Menschen nachhaltig in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe zu fördern.

Der Erfüllung unserer Vereinsziele liegt ein pluralistisches Demokratieverständnis zugrunde. Unser Menschen- und Gesellschaftsbild basiert auf den grundlegenden Menschenrechten und den Verfassungsnormen unseres freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Jeder Mensch, unabhängig seines Alters, seiner Herkunft, seines Geschlechts und seiner sexuellen oder religiösen Orientierung, ist für uns ein gleichwertiger Teil der Gesellschaft und des Gemeinwesens. Unsere Demokratie lebt und profitiert von dieser Vielfalt. Essentieller Bestandteil unserer Vereinstätigkeit ist es, insbesondere *mit und für alle Menschen aus* sogenannten benachteiligten Quartieren in Hessen, Möglichkeiten der gesellschaftlichen Partizipation zu schaffen. Die Förderung von Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und die Kommunikation zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sind für uns ebenso zentrales Anliegen, wie die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt und die Stärkung der

Gleichberechtigung der Geschlechter. Wir setzen uns für eine tolerante, offene, freie und demokratische Gesellschaft ein, deren oberstes Gut die Würde jedes Menschen ist. Diese Werte zu bewahren hat für uns oberste Priorität.

Daher lehnen wir jede Form von Diskriminierung ab und treten menschenverachtenden, fremdenfeindlichen und demokratiegefährdenden Ideologien und Bestrebungen entschieden entgegen.

Position der LAG zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien

Das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen der letzten Jahre stellt uns und unsere Mitglieder vor zunehmend größer werdende Herausforderungen. Die „Alternative für Deutschland (AfD)“ muss in diesem Zusammenhang als größte Gefahr für unsere pluralistische Gesellschaft benannt werden. So gilt die Partei in drei Bundesländern als gesichert rechtsextrem und neben mehreren weiteren Landesverbänden ist nun auch die Bundespartei und ihre Jugendorganisation als gesichert rechtsextrem eingestuft. Dass auch die hessische AfD demokratiefeindliche, menschenverachtende und diskriminierende Inhalte vertritt, sollte spätestens seit Ende des Jahres 2023 auch im öffentlichen Diskurs angekommen sein, denn auch sie wurde vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft. Bei den Hessischen Landtagswahlen im gleichen Jahr erhielt sie dennoch die zweitmeisten Stimmen. In einigen Wahlkreisen konnte sie sogar Werte von ca. 27% (Zweitstimme) erzielen. Auch in vielen benachteiligten Quartieren in Hessen erzielten die AfD und andere rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien hohe Werte (vgl. statistik.hessen.de). Der Wahlausgang der Landtagswahlen deutet darauf hin, dass vor allem in diesen Quartieren Politikverdrossenheit und eine gewisse Form von Unzufriedenheit mit der politischen Repräsentation ein fruchtbarer Nährboden für Rechtspopulisten und Rechtsextremisten darstellt. So wird in einer Studie des vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. geschlossen: „Die verstärkte Zuwendung zur AfD ist offenbar stärker mit Protesteinstellungen, Unzufriedenheit mit der Politik und weitreichenden Zukunftssorgen zu erklären als mit zunehmendem Rechtsextremismus.“ (vgl. vhw 2023, S.4)

Wir sehen die dringende Notwendigkeit auf diese Entwicklungen zu reagieren und haben uns aktiv damit auseinandergesetzt, wie wir, sowohl auf politischer Ebene, aber auch im Rahmen unserer Vereinstätigkeit, mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien sowie menschenverachtenden Krisendeutungen umgehen.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien versuchen gezielt unsere Gesellschaft zu spalten. Sie vertreten eine Ideologie, die durch ein völkisches Gedankengut geprägt und damit nicht mit Artikel 1 des Grundgesetzes vereinbar ist. Sie stehen für Positionen der Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Diese Ideologie stellt einen Angriff auf das Gleichheitsgebot der Menschenrechte dar. Sie sind gegen die pluralistische Demokratie, in der auch Minderheiten und Andersdenkende die gleichen Rechte haben. In der die Bedürfnisse aller Menschen Berücksichtigung finden und wo Lösungswege ausgelotet werden, die ein tolerantes, respektvolles und demokratisches Miteinander für alle fördert. Diese reale Gefahr, ausgehend von ebenjenen Parteien, welche die Grundfeste unserer Demokratie und die Menschenrechte angreifen, macht es notwendig, sich von derartigen Ideologien zu distanzieren und klar Stellung zu beziehen. Um die menschen- und demokratiefeindlichen Gesinnungen dieser Parteien zu entlarven und um ihnen etwas entgegensetzen zu können, braucht es zukünftig einen verstärkten Fokus auf demokratiefördernde Maßnahmen und Gesamtstrategien, die auch in benachteiligten Quartieren greifen.

Mit diesem Papier bekennen wir uns dazu, auf allen Ebenen der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung offensiv gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit vorzugehen. Dies geschieht auf drei Ebenen:

- Die Stärkung der Demokratie und der Schutz der Menschenrechte sollte auch im Kontext der Arbeit vor Ort als handlungsweisendes Prinzip immer mitgedacht werden. Hauptamtliche Akteur:innen der Sozialen Stadtteilarbeit sollten für diese Themen sensibilisiert sein und im Rahmen ihrer Arbeit demokratiefördernde Maßnahmen ergreifen. Auf dieser Ebene ist es für uns wichtig, klar Position zu beziehen und Grenzen zu setzen, wenn Netzwerk- oder Kooperationspartner:innen menschenfeindliches, diskriminierendes und demokratiefeindliches Gedankengut äußern und in ihre Arbeit hineinbringen.
- Wenn uns Gedankengut gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Demokratieverachtung vor Ort und im Arbeitsalltag begegnet (insbesondere von Quartiersbewohner:innen) gilt es für die Soziale Stadtteilarbeit aktiv notwendige

Konzepte zu entwickeln. Dabei sollte eine zuhörende und gleichzeitig streitbare Beziehung im Vordergrund stehen, mit der sich mögliche Hintergründe, Motive und Folgen solcher Haltungen aufarbeiten lassen. Es gilt diskriminierende Haltungen klar abzulehnen, nicht die Menschen, die diese äußern. Die Frustration der Menschen und damit einhergehende menschenverachtenden Krisendeutungen sollten ernstgenommen werden, zugleich jedoch braucht es für Betroffene die notwendigen Schutzräume und eine parteiliche Haltung aller Akteur:innen. Dazu gehört auch der Ausbau der Demokratiebildung und der politischen Teilhabe in den betroffenen Quartieren. Wichtig ist in diesem Kontext die Schaffung von Lernräumen, die ein freies und tolerantes Miteinander fördern.

- Organisierten rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppen und Parteien und deren Funktionär:innen bieten wir möglichst keine Gelegenheit, unter dem Deckmantel eines demokratischen Diskurses und dem „Neutralitätsgebot“ ihre demokratie- und menschenfeindliche Ideologie darzustellen. Diese Ideologie wird allzu oft mit einfachen Lösungen geschickt getarnt und als vom „Volk“ legitimierter „Widerstandskampf“ für die sozial Benachteiligten und gegen das „herrschende System“ der etablierten Politik, der Medien und der Wissenschaft verkauft.

Obwohl die politikwissenschaftliche und verfassungsschutzrechtliche Differenzierung zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus richtig ist, streben wir eine klare Haltung gegenüber allen Parteien aus diesem Spektrum an. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben zu deutlich gezeigt, dass diese Grenze von den betreffenden Parteien selbst nicht oder nur verbal-oberflächlich gezogen wird.

Hieraus ergeben sich folgende konkrete Positionen:

1. Die LAG setzt sich dafür ein, die Demokratiebildung in Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen zu stärken.

Ein friedliches, respektvolles und tolerantes Zusammenleben im Quartier kann dadurch gestärkt werden, dass alle Menschen ein gemeinsames Demokratie- und Menschenrechtsverständnis teilen. Voraussetzung dafür ist eine Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Ideologien von Ungleichwertigkeit, die unsere Demokratie gefährden. Die Menschen sollen in die Lage versetzt werden, solchen Ideologien zu erkennen und ihnen sachlich entgegen zu treten. Die LAG unterstützt u.a. Hauptamtliche der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Gemeinwesenarbeit und dem Quartiersmanagement beratend und konzeptionell demokratie- und menschenrechtsbildende Projekte und Veranstaltungen vorzubereiten und anzubieten. Angebote vor Ort werden zielgruppenspezifisch angepasst, wie zum Beispiel politische Bildungsseminare im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

2. Die LAG steht für Austausch- und Fortbildungsmöglichkeiten im Kontext von Demokratieförderung.

Um Demokratie in den Quartieren erlebbar zu machen und demokratiefeindlichen Tendenzen entschieden entgegengetreten, ist die fachliche Auseinandersetzung und Stärkung der hauptamtliche Mitarbeitenden vor Ort wichtig. Denn nur wer mit dem Thema vertraut ist, kann demokratie- und menschenrechtsfördernde Maßnahmen in die Arbeit vor Ort einbinden und in direkten Gesprächen, Moderationen oder Gruppendiskussionen Haltung zeigen, Grenzen ziehen und Betroffenen einen Schutzraum bieten. Daher ist es notwendig auch auf dieser Ebene Handwerkszeug und Wissen zu vermitteln. Um dies zu gewährleisten, werden wir unterschiedliche Veranstaltungen für unser Netzwerk anbieten, die sich an den Bedarfen der Arbeit vor Ort orientieren.

3. Der Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien bei Kooperationen bedarf einer gemeinsamen Lösungsstrategie.

Grundlage unserer Kooperationen ist ein gemeinsames demokratisches und menschenrechtsorientiertes Verständnis von Toleranz, des Respekts und der Achtung der Menschenwürde. Die Vorgaben unserer Partner:innen bezüglich des Umgangs mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien werden vorab besprochen. Die LAG behält

sich jedoch das Recht vor, Bündnisse und Kooperationen zu lösen, sollten Vorgaben zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien eine Gefährdung des pluralistischen Demokratieverständnisses sowie der Menschenrechte darstellen.

4. Die LAG lädt nur diejenigen Fraktionen zu ihren Veranstaltungen ein, die die pluralistische Demokratie anerkennen und vertreten.

Parteien, die zwar demokratisch gewählt aber in ihren Positionen völkisches und ausgrenzendes Gedankengut vertreten, wenden sich in ihrer Politik gegen die Vereinsziele der LAG. Daher werden rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien nicht zu den Veranstaltungen der LAG eingeladen. Bei Kooperationsveranstaltungen müssen gemeinsam Lösungen gefunden werden. Wir verweisen hier auf Punkt 4.

5. Die LAG wird rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien nicht zu ihren Veranstaltungen einladen.

Wir bieten rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien kein Forum zur Selbstdarstellung und Werbung für ihre Ideologie. Diskriminierungsformen jeglicher Art und Ausprägung sind für uns keine diskutablen Meinungen, sondern klar als das zu bezeichnen, was sie sind: menschenverachtend.

Diese Parteien bei Veranstaltungen auszuschließen ist somit nicht undemokratisch, sondern ermöglicht allen, die durch die Präsenz von Rechtspopulist:innen und Rechtsextremist:innen bedroht sind oder sich bedroht fühlen, angstfrei an einer Veranstaltung teilzunehmen und offen zu diskutieren.

6. Die LAG wird an keinen Veranstaltungen rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien teilnehmen.

Die LAG sieht rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien als demokratiefeindlich an und kann daher eine Teilnahme an deren öffentlichen Veranstaltungen nicht mit ihren Vereinszielen vereinbaren. Eine Teilnahme an derartigen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit würde ein falsches Bild vermitteln. Wir möchten in keiner Weise mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien in Verbindung gebracht werden.

7. Die LAG nimmt an keinen Veranstaltungen teil, die federführend unter Beteiligung rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien stattfinden. Ausnahmen bilden parlamentarische Gespräche und Anhörungen im Hessischen Landtag.

Auch an Veranstaltungen anderer Organisationen, an denen sich rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien federführend beteiligen, wird die LAG nicht teilnehmen. Wir stehen für den offenen Dialog, den Diskurs auf demokratischer Grundlage und Gespräche auf Augenhöhe. Eine Beteiligung rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien an Veranstaltungen kann diese Anforderungen nicht erfüllen. Häufig zu beobachten ist bei diesen Parteien eine Strategie der Diffamierung und des Populismus mit dem Ziel, Zuschauer:innen für ihre menschenverachtende Politik zu gewinnen. Wir sind der Meinung, rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien stehen schon jetzt zu viele Möglichkeiten offen, sich publikumswirksam zu präsentieren. Wir als LAG möchten diesen Parteien weder einen Ort noch die Chance bieten, ihre menschenrechtsverachtenden Ideologien weiter voranzutreiben.

Ausnahmen bilden hier parlamentarische Gespräche oder Anhörungen im Hessischen Landtag, zu denen die LAG eingeladen wird. Die fachpolitische Positionierung auf parlamentarischer Ebene ist eines der wichtigsten Werkzeuge unseres Vereins. Nur so können wir hessenweit Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen, die dazu beitragen, die Lebensbedingungen von Menschen in Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen zu verbessern. Eine Teilnahme im Rahmen dieser Formate wird daher weiterhin erfolgen (müssen).

8. Fraktionen des Landtages, die ein pluralistisches Demokratieverständnis vertreten, erhalten die Wahlprüfsteine und Stellungnahmen der LAG

Die LAG wird Wahlprüfsteine und Stellungnahmen an diejenigen Fraktionen im Landtag versenden, die ein pluralistisches Demokratieverständnis vertreten. Weiter werden Rückmeldungen zu den Wahlprüfsteinen ausschließlich dieser Parteien auf der Homepage veröffentlicht.

9. Die LAG bezieht öffentlich Stellung, wenn sich rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien zur LAG als Verein oder deren Mitglieder äußern.

Die Taktik, beispielsweise der AfD, zahlreiche Anfragen im Hessischen Landtag zu stellen, ist bekannt. Diese dienen selten einer sachlichen Diskussionsbasis als vielmehr dem Versuch, die öffentliche Meinung gezielt auf die eigenen populistischen Argumentationsmuster aufmerksam zu machen. In Fällen des Angriffs auf die Arbeit der LAG oder auf den Verein selbst, sehen wir eine Notwendigkeit einzugreifen und öffentlich Stellung zu beziehen. Davon sieht die LAG jedoch ab, sollten rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien Positionspapiere veröffentlichen.

Wir als LAG sehen keine Notwendigkeit, die Öffentlichkeit oder unser Netzwerk auf Themen dieser Parteien aufmerksam zu machen. Dies ist in keiner Weise zielführend und würde Aufmerksamkeit an falscher Stelle schaffen.

10. Die LAG veranstaltet keine parlamentarischen Abende oder Gespräche mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien.

Obliegt der LAG die Wahl des Ortes von Veranstaltungen oder hat sie gar das Hausrecht, wird sie nur diejenigen Parteien einladen, die ein pluralistisches Demokratieverständnis vertreten. Ist die LAG zu Gast bei parlamentarischen Abenden/Gesprächen mit Quartiersbewohner:innen z.B. im Landtag, hat sie keinen Einfluss darauf, welche Fraktionen teilnehmen. Politische Teilhabe ist essentieller Bestandteil einer demokratisch lebendigen Gesellschaft. Allen Menschen aus sogenannten benachteiligten Quartieren gilt es die Möglichkeit zu bieten, ein breites Spektrum an (politischen) Beteiligungsformaten kennenzulernen. Die Möglichkeit des direkten Dialoges mit Politik stärkt die Teilhabechancen sogenannter benachteiligter Menschen. Essentielle Grundvoraussetzung der Teilnahme an solchen Veranstaltungen ist eine gute Vorbereitung aller Beteiligten, eine professionelle Moderation, welche im Fall von Tabubrüchen oder feindseligen Angriffen eingreift und ggf. abwägt eine Veranstaltung abubrechen.

11. Die LAG nimmt keine Gesprächseinladungen von rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien an.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien vertreten ein Menschenbild der Ungleichwertigkeit. Gemeinsame Gespräche, die einer inhaltlichen Auseinandersetzung

dienen sollen, basieren unmöglich auf einem einheitlichen Demokratieverständnis. Die LAG sähe in einer solchen Zusammenkunft keinen Mehrwert. Weder für den Verein noch für unsere Mitglieder. Einladungen werden ohne Begründung schriftlich abgelehnt.

12. Die LAG nimmt keine Spenden von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien an.

Finanzielle Unterstützungen jeglicher Art von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien widersprechen den Vereinszielen der LAG und werden kategorisch abgelehnt.

Mit diesen Positionen setzt sich die LAG für ein solidarisches und vielfältiges Miteinander ein und steht klar an der Seite derer, die von den Auswirkungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind.